

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Läden erhältlich

Die „Arbeiterstimme“
enthüllt morgen
Tatsachen, die beweisen,
wie mit dem Volk
schandvoller
getrieben
wird

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 1. Juli 1931 Nummer 127

Notverordnung ab heute in Kraft — Welt-Spartafade wieder verboten!

SPD-Gebering spricht das neue Verbot aus / Ein gesuchter Vorwand / Der Wunsch der schwärzesten Reaktion erfüllt

Massen-Proteststurm in Betrieb und Stempelstelle

Das Polizeipräsidium Berlin hat die Spartafade erneut verboten. Dem heutigen Tage des Inkrafttretens der Hungerverordnung drückt dieser Terrorakt Brünnings und SPD-Geberings den Stempel auf. Ein Massenproteststurm muß die Antwort sein / Überall Massenversammlungen!

Als Ausrede für das Verbot wird eine Hungerdemonstration angeführt, die gestern in Berlin stattfand, in der es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, wobei mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden und ein Polizist eine tödliche Verletzung erlitt. Diese Demonstration, eine der vielen, wie sie fast täglich in Berlin und vielen anderen Orten stattfinden und ein Ausdruck des Hungers und unerträglichen Elends der Volksmassen sind, hat mit der Spartafade nichts, absolut nichts zu tun.



Berliner Arbeitersportlern und den zehntausenden werktätigen Teilnehmern der Spartafade andere Absichten oder Pläne zu unterstellen, werden von uns als reaktionäre Verleumdung zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratische Partei führt die Wünsche der schwärzesten Reaktion durch. Die SPD erweist sich immer wieder als Helfer des Faschismus, als getreuer Knappe Brünnings, als Bundesgenosse Hitlers. Das Spartafadeverbot ist eine offen faschistische Tat.

Der Verbotsterror gilt der Niederhaltung der hungernden, empönten Volksmassen. Die Bourgeoisie wird ihren Zweck jedoch nicht erreichen. Siehe Bulgarien!

Ab heute, den 1. Juli, tritt die neue Notverordnung zum größten Teil in Kraft. Ab 13. Juli werden die Unterstützungsabgaben-Bestimmungen gegen die Erwerbslosen wirksam werden. Diese Notverordnung bedeutet, in nächsteren Jahren gesprochen, daß in den 9 Monaten des laufenden Staatjahres neu 1415 Millionen Mark, also rund 1 1/2 Milliarden, aus den vereitelten Volksmassen herausgepreßt werden sollen.

Dazu kommen in den einzelnen Städten Massenbefehlungen, z. B. in Dresden 450 Prozent Bürgersteuer und Kürzung der Jahresgehälter um 6 1/2 Millionen, gleich 20 Prozent, durch Diktaturspruch. Weitere Erhöhung der Bürgersteuer, Lohnraub bei den Gemeindearbeitern durch Diktatur der Gemeindevorstände oder eines Staatskommissars als Diktator werden vorbereitet.

Massensturm gegen Hunger und Massenprotest gegen den faschistischen Terror ist das Gebot des Tages. Schluss mit der SPD, der Hilspolizei des Faschismus! Stellungnahme in jedem Betrieb und in jeder Stempelstelle! Sofortige Streikrückschlag für die Arbeiterordnungen! Einheitsfront aller Arbeiter unter Führung der KPD, KGD und ihres Organs, der Arbeiterstimme! Verschärft Koalition für Brot, Arbeit, Freiheit!

Polizeirevolver gegen Erwerbslose auf dem Sternplatz!

In und vor dem Arbeitsamt kam es heute vormittag zu heftigen Protestdemonstrationen der Erwerbslosen gegen die Notverordnung. Niedersätze auf die Unterstützungsräuber erschollen in dem Raum des Arbeitsamtes. Am Sternplatz sprachen revolutionäre Arbeiter zu den hungernden Erwerbslosen. Die Polizei drang mit entschärften Revolver auf die Erwerbslosen ein und verhaftete zahllos. Die Demonstrationen dauern an. Die Dresdner Polizei hat grandios zahlreiche Sportler verhaftet.

Als Ausdruck der ungeheuren Empörung über den Hunger und Terror in allen werktätigen Schichten, haben viele Betriebsbelegschaften in Berlin beschlossen, heute, den 1. Juli, Proteststreiks durchzuführen.

Genossin Mildenberg 8 Monate Kerker

Klassenurteil in Eyrha — Wüten der Klassenjustiz in Sachsen — Gebt Rote Hilfe!

Berlin, 30. Juni.
Die kommunistische Reichstagsabgeordnete, Genossin Mildenberg, wurde heute zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte bei dem Streik der Berliner Volkseigenen im Oktober vorigen Jahres mit Erfolg den Kampf gegen die Streikbrecher organisiert und sich tapfer für die Interessen der Streikenden eingesetzt.

Im Entschuldigungsverfahren sprach das Gericht die zehn Nazi-Banden frei, hingegen wurden sechs Kommunisten zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich in dem Prozeß um die Vorgänge, die sich im Herbst letzten Jahres bei der Reichstagswahl abspielten und zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten führten.

Parallel mit den Notverordnungen und der wirtschaftlichen Ausplünderung wird der Justizterror gesteigert, um die sich wehrenden Arbeiter niederzuschlagen. Die Brut der Klassenjustiz richtet sich besonders gegen die revolutionäre Arbeit, die Kommunisten. Welche Ausmaße dieser Justizterror zum Beispiel in Sachsen angenommen hat, zeigt folgende Statistik der Roten Hilfe:

Die 615 Angeklagten wurden verurteilt:
zu 207 Jahren, 2 Monaten, 2 Wochen Gefängnis
zu 6 Jahren, 9 Monaten Zuchthaus
zu 29 Jahren, 6 Monaten, 1 Woche Festung

Gerade in diesen Tagen zeigte Bulgarien, wo die Kommunisten gewaltig zunehmen, daß Terror die revolutionäre Bewegung nicht zu unterdrücken vermag. Mit Recht stellt ein heute ersehnter Aufruf des Zentralvorstandes der Roten Hilfe Deutschland unter anderem fest:

„Kein noch so brutaler Terror kann die Werktätigen hindern, den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und faschistische Unterdrückung zu führen. Kein Ausnahmezustand, kein Ausnahmegericht, keine Ausnahmeverordnungen können die deutschen Werktätigen, ebensowenig wie Bismarcks Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung aufhalten vermögen. Bei jeder Verhaftung, bei jedem Prozeß, für ihre Angehörigen, für die Sicherung des Rechtsdammes stehen, gesammelt geworden. Für jeden Angeklagten und Verhafteten findet neue Kämpfer der Solidarität in die Reihen der KPD.“

Massenmeetings in Dresden!

Polizeiterror in Löbtau — Genosse Kemmele entlarvt den „Silberstreifen“-Betrieb

In drei kraftvollen Kundgebungen sprach gestern der Führer des Kampfbundes gegen den Faschismus, Genosse Kemmele, in den Dresdner Werkstätten. Begeisterung, Kampfbereitschaft, entschlossener Abwehrwille gegen den faschistischen Mordterror beherrschte die versammelten Arbeitermassen. „Sturm bereit“ antworteten sie auf den Appell des Führers des Kampfbundes. Es sprachen außerdem die Genossen Klan, Knöchel, Siegel und Scheller.

Die Demonstration der Löbtau- und Cottauer Arbeiter wurde von der Polizei gesprengt, die Kundgebung in Wilsdorf verboten. Dem Vorwand zur Sprengung nahm die Polizei an einem Transparent: „Nicht Angst, sondern Lobpreis des Kapitalismus.“ Das immer brutaler werdende Vorgehen der Polizei beweist, wie die herrschende Klasse sich vor der ansteigenden revolutionären Massenbewegung fürchtet. Die beste Antwort waren z. B. im Regierheim 3 Eintritte in die KPD, 11 (darunter ein Klein-gewerbetreibender) in den Kampfbund.

Mit begeistertem, stürmischen, dreifachen „Sturm bereit“ begrüßt, nahm Genosse Kemmele

Massenbewegung ist nicht unterzulegen. (Stürmische Zustimmung.) Ende 1923 wurde sogar die Partei verboten. Die Antwort war ein gewaltiger Massenaufruf, so daß den Herrschenden Angst und Furcht wurde und die Partei wieder erlaubt werden mußte. Löbtau wie die Ereignisse in ganz Deutschland beweisen auch die Richtigkeit unserer These, daß der Faschismus

das Wort. Genosse Kemmele brandmarkte das Verbot der Versammlung in Löbtau. Verboten oder erlaubt, die revolutionäre